

Dienstag, 16. Juni 2020, Frankfurter Neue Presse / Lokales

Vorschläge gegen den Verkehrsinfarkt

STADTPLANUNG CDU veröffentlicht Skizzen eines Konzeptes, das allen gerecht werden soll

Frankfurt - "Durchstarten" will die CDU mit einem Papier zur Frankfurter Verkehrspolitik, das auch so überschrieben ist. Nils Kößler, der Fraktionsvorsitzende der Römer-CDU, und Martin Daum, verkehrspolitischer Sprecher, stellten das Papier gestern vor.

"Richtige Lösungen", so das Papier, "gleichen Interessen rational aus und überwinden das schräge Denkmuster gute gegen böse Verkehrsmittel." Ein Verkehrskonzept aus Sicht der CDU müsse die begrenzten Verkehrsflächen klug organisieren, den Nahverkehr attraktiv machen und bewusst Räume für Wirtschaftsverkehre schaffen.

Wunsch nach dem Auto wächst wieder

Kößler argumentierte: "Momentan wollen wieder sieben Prozent der Haushalte mehr als vor einem Jahr ein Auto anschaffen. Der Umstieg funktioniert also nicht." Nach Auffassung seiner Fraktion solle jeder seine Mobilität frei wählen können. Staus vermeiden könne man statt mit Fahrverboten wie am Mainkai eher mit einer stärkeren Digitalisierung - etwa bei den Ampelschaltungen. Das Vermeiden von Staus sei die beste Luftreinhaltung.

Überhaupt, die Mainkaisperrung: Aus Sicht der CDU war der Fehler hier, dass das Konzept fehlte. "Wir fordern erst das Konzept, dann eine Sperrung." Dabei sei die CDU nicht gegen einen stärkeren Radverkehr auf dem Mainkai, sei auch einverstanden, wenn eine der Spuren der Autos wegfallt zugunsten von Fahrradsteifen und zudem eine Geschwindigkeitsreduzierung für Autofahrer umgesetzt würde. Aber all das hätte man diskutieren müssen, ehe

der Mainkai gesperrt wurde.

Fahrradstreifen werden derzeit allerorten gebaut. Dabei ist die CDU durchaus nicht dagegen. "An der Friedberger Landstraße ist es ein Experiment, denn das ist eine Hauptpendlerstrecke und wir müssen sehen, wie lange die Staus gegebenenfalls werden." Es sei daher nicht ausgeschlossen, dass die Radstreifen dort wieder zurückgebaut werden müssten. In der Eschersheimer hingegen - ab Hügelstraße Richtung Norden - seien die Radstreifen sinnvoll. Richtung Süden hingegen führte es zu Chaos, wegen der vielen Pendler, die von der Autobahn Richtung Süden fahren.

Martin Daum, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, kritisierte: "Verkehrsdezernent Klaus Oesterling (SPD) verwaltet, aber er gestaltet nicht." Verkehrsflächen für alle klug zu organisieren hieße auch, für Fahrradstreifen zu sein. Aber mit Augenmaß. Wichtiger sei jedoch, endlich die großen Vorhaben anzupacken: "Eine Ringstraßenbahn, die Regionaltangente Ost, eine Bahnverbindung von Rödelheim nach Sossenheim sind ebenso nötig wie der S-Bahn-Lückenschluss Bockenheim-Ginnheim. Wir müssen den Campus Westend vernünftig anschließen", so Daum. In den Stadtteilen werden Quartiersgaragen benötigt, denn die Mieter werden nicht aufs Auto verzichten. Der Nahverkehr müsse zuverlässig, sicher und sauber werden, und abgelegene Stadtteile sollten Bedarfsbuslinien erhalten.

Dennoch, auf dem engen Straßenraum drängen sich alle. Die CDU wünscht eine fußgängerfreundliche Stadt. Mit Quartiersgaragen werde Parkraum auf der Straße frei, der dann Fußgängern und Radfahrern zur Verfügung stehen könne. All das kann die CDU sich vorstellen und fordert sogar Radschnellwege ins Umland. Fußgänger sollen mindestens 2,5 Meter breite Gehwege erhalten, und Radfahrer haben nichts auf ihnen verloren. Ladesäulen für Elektroautos müssten ebenso wie Carsharing-Angebote ausgebaut werden.

Angebote an Pendler
gegen die Staus

Die CDU fordert einen Ring von Park-und-Ride-Plätzen rund um Frankfurt, an den Haltestellen der Bahnen,

Ein besonderes Kapitel ihres Papiers widmet sie dem Güterverkehr. Stadtnahe Güterverteilzentren könnten den Transport per Lastenrad auf der letzten Meile ermöglichen, in Straßen wie der Berger Straße und der Leipziger Straße müsste man jedoch Konzepte für den Andienverkehr auch zusammen mit dem Einzelhandel entwickeln. "Handwerker", so Kößler, "müssen immer die Möglichkeit haben, ihre Fahrzeuge am Einsatzort zu parken."

thomas j. schmidt

Dienstag, 16. Juni 2020, Frankfurter Neue Presse / Lokales

VON THOMAS SCHMIDT

Zeit für einen Streit

Es wird höchste Zeit, dass wir uns streiten! Die Frankfurter Stadtgesellschaft, aber auch das Umland, die Pendler und alle, die betroffen sind, müssen sich endlich streiten um das beste Verkehrskonzept. Bislang sieht man Ideologen, die Politiker vor sich her treiben - Stichwort Radentscheid. Ob das, was dabei dann herauskommt, das beste für die Stadt ist, wird gar nicht mehr diskutiert. Es geht nur noch um die jeweils lauteste Interessengruppe.

Die CDU legt nun ein Konzept vor. Endlich, möchte man sagen. Und jetzt kann man sich streiten. Gut scheint, dass die CDU keine Autopartei ist, aber auch das Auto nicht einfach verteufelt. Gut ist, dass die CDU keine Fahrrad-Partei ist, aber die Schaffung von Radwegen dort begrüßt, wo es sinnvoll ist. Gut ist, dass sie den Wirtschaftsverkehr nicht aus der Stadt drängen will. Man muss sich klarmachen, was in Metropolen wie Frankfurt passiert, wenn mal vier Wochen keine Lastwagen die Geschäfte beliefern. Das sind Fragen, die Ideologen nicht stellen.

Apropos Metropole: Frankfurt lebt von seinem Umland. Ohne seine Pendler gäbe es wenig Gewerbesteuerereinnahmen in Frankfurt. Es käme also darauf an, endlich ausreichend Park-and-Ride-Plätze an den Bahnhöfen im Umland zu bauen. Das gehört eben auch zur Frankfurter Verkehrspolitik.